

"Wählen heißt erwachsen werden!": Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005

Kozeluh, Ulrike; Nitsch, Sigrid

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kozeluh, U., & Nitsch, S. (2006). "Wählen heißt erwachsen werden!": Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005. *SWS-Rundschau*, 46(2), 126-149. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164415>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

»Wählen heißt erwachsen werden!«

Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005

Ulrike Kozeluh/ Sigrid Nitsch (Wien)

Bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober 2005 durften 16- bis 18-Jährige in Wien das erste Mal wählen. Die vorausgegangene Diskussion um die Wahlaltersenkung wurde kontrovers und auf Basis generalisierter Einschätzungen von Jugendlichen geführt. Politikverdrossenheit, politische Gleichgültigkeit und fehlende Werthaltungen waren Annahmen, die gegen eine Wahlaltersenkung sprachen. Unsere empirischen Ergebnisse zeigen, dass sich politische Gleichgültigkeit nicht auf das Interesse an politischen Fragestellungen bezieht, sondern auf die Parteien und Institutionenordnungen. Demgegenüber konnten hohe Ansprüche der ErstwählerInnen an den Wahlakt selbst festgestellt werden: Jugendliche schreiben ihm stabilisierende, legitimierende und die eigenen Werthaltungen bestätigende Kraft zu. Der Beitrag kommt zum Schluss, dass die frühe Einbindung von Jugendlichen in institutionalisierte Partizipationsverfahren, wie z. B. Wahlen, mit großer Wahrscheinlichkeit demokratische »WiederholungstäterInnen« heranwachsen lässt.

Keywords: political participation, Viennese local elections, voting behaviour of young people

1. Einleitung

Die österreichische Bundesverfassung verankert in Art. 117, Abs. 2 das aktive Wahlrecht für jene österreichischen StaatsbürgerInnen, »... die vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben ...«. Diese Bestimmung wurde in den letzten Jahren in einigen Bundesländern insofern verändert, als nun bereits StaatsbürgerInnen ab dem 16. Lebensjahr bei Landtags- und Gemeinderatswahlen wahlberechtigt sind. Für das passive Wahlrecht, also das Recht selbst gewählt werden zu können, ist aber weiterhin das 18. Lebensjahr erforderlich.

Das Burgenland war das erste Bundesland, in dem sich im Jahr 2002 16-Jährige in allen Gemeinden an einer Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl beteiligen konnten. Es folgten die Gemeinderatswahlen in Graz und in Kärnten im Jahr 2003. Mit der Verabschiedung des »Wiener Demokratiepaketes« im Jahr 2002 wurden auch in Wien die Weichen für das aktive Wahlrecht von Jugendlichen gestellt. Der vorliegende Aufsatz¹ stellt nun das Wahlverhalten und die Wahlmotivation der jugendlichen Erstwähle-

1 Dieser Aufsatz bezieht sich in seiner Kernargumentation auf die Ergebnisse unserer Studie zum Wahlverhalten der 16-bis 18-Jährigen bei der Wiener Landtagswahl 2005, die von der Projektgemeinschaft SORA (Institute for Social Research und Analysis), Österreichisches Institut für Jugendforschung (ÖIJ) und Wissenschaftszentrum Wien (WZW) durchgeführt wurde. Siehe dazu SORA/ ÖIJ/ WZW (2006).

rInnen zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtags- und (zugleich) Gemeinderatswahl vom Oktober 2005 in den Mittelpunkt.

Ergänzt wird die Analyse dieser Erhebungen von Fragen nach Einstellungen und Werthaltungen zu Demokratie und politischer Beteiligung, um Argumente bzw. Behauptungen zu überprüfen, die im Zuge der Diskussionen um die Vor- und Nachteile der Wahlaltersenkung immer wieder genannt werden: Dazu zählen die »Politikverdrossenheit«, »politische Gleichgültigkeit« und »Unreife« von Jugendlichen.

Der Artikel gliedert sich nun wie folgt:

Die in Kapitel 2 zusammengefassten Problemstellungen im Kontext der Wahlaltersenkung werden in einem breiteren theoretischen Zusammenhang diskutiert. Ein Überblick zu Argumentationslinien zeitgenössischer Gesellschaftsdiagnosen, die das Beteiligungsverhalten Jugendlicher begründen, steckt den Rahmen für die empirische Analyse ab: Erkenntnisse aus der Kognitions-, der Lebensstil- und der Wahlforschung weisen auf Voraussetzungen für sinnvolles, Demokratie bestärkendes Partizipationsverhalten hin. Diese Erkenntnisse unterstützen die Ermittlung von individuellen Fähigkeiten und institutionellen bzw. gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um überhaupt eine Beziehung zwischen vergangenem und geplantem Regierungshandeln und der persönlichen Präferenzstruktur der Jugendlichen herstellen zu können. Auch soll untersucht werden, welche Lerneffekte die Wahlbeteiligung Jugendlicher für künftiges Beteiligungsverhalten erwarten lässt.

Unsere aktuelle empirische Untersuchung zur Wiener Landtagswahl 2005 knüpft an diesen theoretischen Überblick an. In Kapitel 3 stellen wir die Methodik der Studie für die quantitative Erhebung (telefonische Befragung von 700 Jugendlichen in Wien) und die daran anschließenden qualitativen Interviews mit elf Wiener Jugendlichen vor.

In Kapitel 4 werden die Ergebnisse der quantitativen Erhebung präsentiert und neben den klassischen Fragen nach der Höhe der Beteiligung und den Parteienpräferenzen auch sozioökonomische Faktoren mit Wahl(beteiligungs)motivation und Wahlpräferenzen in Beziehung gesetzt. Ferner werden die Effekte der Wahlinformationkampagnen der Stadt Wien in die Analyse miteinbezogen.

Das darauf folgende Kapitel 5 bietet einen Überblick über die Aussagen der qualitativen Interviews mit Jugendlichen: Die Auswahl der Interviewpassagen und deren Interpretation entlang demokratietheoretischer Fragestellungen sollen den Stellenwert illustrieren, den Wählen für die Jugendlichen im Rahmen politischer Partizipation hat.

Schlussendlich wollen wir Überlegungen anstellen, welches Bild von Demokratie das jugendliche Partizipationsverhalten prägt und welche Vorstellungen von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten ihrer Meinung nach die Teilnahme an der Wahl leiten. Auf den Zusammenhang des Partizipationsverhaltens mit Vorstellungen der Jugendlichen von Demokratie wollen wir ebenfalls hinweisen und damit die Effekte der Wahlaltersenkung deutlich machen.

2. Problemstellungen im Kontext der Wahlaltersenkung

2.1 Aktuelle Diagnosen

In zeitgenössischen Gesellschaftsdiagnosen² wird Jugendlichen ein zunehmendes Desinteresse an institutioneller Politik und institutionalisierten Riten der Beteiligung attestiert. Auch der letzte Bericht zur Lage der Jugend in Österreich (BMSG 2003) stellt bei grundlegendem Interesse an Politik (immerhin 37 Prozent der 14- bis 30-Jährigen interessieren sich nach eigenen Angaben *sehr* für Politik) eine wachsende Distanz von Jugendlichen fest, sich an Politik im Sinne von Parteien-, Regierungs- und anderer Institutionenpolitik zu beteiligen. Eine ähnliche Diagnose formulieren Untersuchungen für den gesamteuropäischen Raum: So konstatiert Norris (2003, 1) in ihrem Bericht über Jugendliche und politischen Aktivismus für den Europäischen Rat, dass Entfremdung von den traditionellen Formen der Beteiligung in repräsentativen Demokratien, besonders unter Jugendlichen, generell festgestellt werden kann.³

Die Gründe für diesen scheinbaren Widerspruch liegen auf der Hand: Tatsächliches gesellschaftliches Engagement und faktische Partizipation hängen nicht nur von Einstellungen zu politischen Institutionenordnungen bzw. institutioneller Politik ab. Jugendliche sind in verschiedenen Formen gesellschaftlich engagiert, haben Interesse an gesellschaftspolitischen Themen und setzen sich ein: Sie bedienen sich dabei auch anderer Beteiligungsformen (wie z. B. neuer Medien) und engagieren sich abseits gängiger, dafür vorgesehener Riten und Methoden – etwa in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder im Zusammenhang mit konkreten Problemstellungen im eigenen Lebensumfeld.

Das muss aber keineswegs bedeuten, dass Jugendliche traditionelle Beteiligungsformen ablehnen: Ihr Zugang zu institutionalisierter Politik und den demokratischen Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Leben ist »vor allem ein pragmatischer«, so der Bericht des BMSG (2003, 10). Denn »Jugendliche sind mit einer Vielzahl von weltanschaulichen Orientierungsmustern konfrontiert. Werte stehen zur Wahl. Weltanschauungen werden nicht mehr ausschließlich von den traditionellen Institutionen, Kirche und Politik vermittelt, sondern formieren sich immer öfter in individualisierten Prozessen« (ebd.).

Kern dieser auch für die Wahlforschung relevanten *Individualisierungsthese* ist die »Behauptung einer Entkoppelung der menschlichen Subjektivität von objektiven Strukturen« (Otte 2004, 19), die dazu verleitet, Klassen- und Schichtkonzepte allzu schnell ad acta zu legen: Sozialstrukturanalysen zeigen nämlich, dass sozioökonomische Ressourcenausstattungen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben prägen und unterschiedliches Interesse an gesellschaftlicher und politischer Beteiligung hervorrufen können (ebd.).

2 Siehe etwa den Bericht zur Lage der Jugend in Österreich (BMSG 2003) sowie für Deutschland die Shell-Studien der Jahre 1992 und 2002 (Jugendwerk der Deutschen Shell 1992 und Deutsche Shell AG 2002).

3 »... there is widespread apathy or even alienation from the traditional modes of participation in representative democracies, particularly among the young« (Norris 2003, 1).

Neben der sozioökonomischen Ressourcenausstattung gelten (politische) Werthaltungen und biografisch geprägte Orientierungen als relevant für das Interesse an politischer Teilnahme. Spiekermann (2003, 9) stellt einen Zusammenhang zwischen der empirisch feststellbaren »wachsenden Zahl diffuser Identitäten« und der Wertevielfalt in pluralistisch-liberalen Demokratien her. WählerInnen müssen sich vermehrt einerseits an unterschiedlichen und widersprüchlichen Werten, andererseits auch an ideologischer Beliebigkeit⁴ orientieren.

Wie stellen nun, in unserem Fall, junge, beteiligungsunerfahrene WählerInnen eine sinnvolle Beziehung zwischen vergangenem und geplantem Regierungshandeln und ihren eigenen politischen Präferenzen her?

Welche Fähigkeiten sind Voraussetzung dafür, dass ihre Wahl Regierungshandeln *sinnvoll*⁵ beeinflussen kann?

Wenn wir annehmen, dass die Fähigkeit, sich dementsprechend zu beteiligen, aus mehreren Teilfähigkeiten besteht, dann gilt es, folgende Voraussetzungen einer näheren Betrachtung zu unterziehen: die Erzeugung von Werthaltungen, die Fähigkeit, das Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft einschätzen zu können, und im Rahmen vereinbarter Spielregeln ein Interesse an der Verteidigung von (möglichst generalisierbaren) Werten zu haben. Auf diese Voraussetzungen wollen wir im folgenden Teilkapitel eingehen.

2.2 Voraussetzung – das Entstehen von Werthaltungen

Die Literatur enthält unterschiedliche Vorschläge dafür, was als Definitionsmerkmal eines generalisierten Wertebegriffs gelten kann. Bürklin (1988, 104) schreibt in seinem Überblick zu einer definitorischen Abgrenzung, dass ein Wert eine »für ein Individuum oder eine Gruppe charakteristische Konzeption des Wünschenswerten« darstellt, »die die Auswahl zwischen verschiedenen Handlungsarten, -mitteln und Zielen beeinflusst«. Weiters seien Werte »persönlichkeitsstrukturell relativ stabil verankerte Vorstellungen des gesellschaftlich Wünschbaren«. »Diese Vorstellungen (müssten) sowohl in der Motivationsstruktur des einzelnen stark verankert sein als auch einen hohen Grad allgemeiner Verbindlichkeit aufweisen, ... um damit zumindest potenziell auch bei einer breiteren Bevölkerungsgruppe wirksam werden zu können« (ebd.).

Die Kognitionsforschung geht davon aus, dass alle Formen politischer Beteiligung auf Werthaltungen und der Fähigkeit zur sozialen Partizipation beruhen (Spiekermann 2003, 3). Besonders die individuelle Fähigkeit zu diskursivem, dialektischem Denken ist für das Entstehen von Werthaltungen und die politische Entscheidungsfindung unabdingbar (ebd., 3–6).

Diese Fähigkeit zu diskursiver politischer Werturteilsbildung kann auch als Fähigkeit zur Perspektivenübernahme bezeichnet werden: Grundlage dafür ist, zwischen Selbst- und Fremdbild in der sozialen Interaktion unterscheiden, sich in die Perspek-

4 Siehe dazu etwa »Zukunft Wien« als Wahlslogan der SPÖ bei der Wiener Landtagswahl im Oktober 2005.

5 Wir wollen *sinnvolle* Beeinflussung von Regierungshandeln in einem Demokratie bewahrenden Sinn verstehen (Anm. d. Verf.).

tive des anderen, also auch eines möglichen Gegners, hineinversetzen zu können und ihm vor allem eines, nämlich Legitimation zuzubilligen (Eckert 1997, 206 und Spiekermann 2003, 9).

Sozialisation

Das Entstehen von Grundüberzeugungen und diskursiven Fähigkeiten hängt stark mit in der Sozialisation entstandenen politischen Bindungen zusammen. In der Kindheit und frühen Jugend erwerben Individuen neben allgemeinen Werthaltungen Einstellungen zu Politik und Gesellschaft.

»Diese Einstellungen sind allerdings noch sehr diffus, instabil und stark affektiver Natur. In dieser Sozialisationsphase sind die Einstellungen der Eltern prägend. ... Mit zunehmendem Alter setzen die Ablösungsprozesse des Jugendlichen aus dem Elternhaus und dem Schutz der Familie ein. Die Gruppe von Gleichaltrigen (peer group) ist in dieser Phase der sekundären Sozialisation, neben der Schule, der wichtigste Sozialisationsagent« (Bürklin 1988, 80).

In der Phase der sekundären Sozialisation stellt das Individuum erste Vergleichsprozesse zu politischen Grundorientierungen und Parteibekanntnissen an. Das eigene Wertesystem wird im Hinblick auf immer größere Bereiche politischer Sachfragen ausgebaut, das Anspruchsniveau der Jugendlichen steigt, bestehende Wertordnungen werden reflektiert, um das Eigene einbringen zu können.

Wertereflexion

Die PolitikwissenschaftlerInnen Schaal und Friedel argumentieren, dass die mögliche »Differenz zwischen der Wertschätzung eines politischen Wertes und der Bereitschaft, diesen Wert potenziell zu verteidigen oder wertkonform zu verhandeln« als Indikator für politische Gleichgültigkeit gedeutet werden kann. Für die AutorInnen ist jedoch »politische Gleichgültigkeit« auch »die Differenz zwischen der Bereitschaft zu wertkonformen Handeln und dem korrespondierenden faktischen Handeln« (1999, 184).

Um die Beteiligung an institutioneller Politikgestaltung (wie etwa die Beteiligung an Wahlen) zu diskutieren, müssen einerseits jene Wertorientierungen identifiziert werden, auf denen diese politische Gleichgültigkeit beruht, und andererseits Orientierungsmuster gesucht werden, die diese Beteiligung fördern oder verhindern. Denn politische Partizipationsfähigkeit verlangt zweierlei – vor allem, wenn wir die Annahmen der Individualisierungsthese wieder ins Spiel bringen: Erstens die Fähigkeit, regelkonform innerhalb bestehender Wertorientierungen handeln zu können, zweitens die Fähigkeit, »die eigene Autonomie mit den eigenen Interessen ausspielen zu können – Werteerziehung darf nicht reine Wertevermittlung sein, sondern muss Wertereflexion fördern« (Spiekermann 2003, 8).

Die Demokratietheorie hat herausgearbeitet, dass Phänomene wachsender politischer Gleichgültigkeit gegenüber politischen RolleninhaberInnen und Institutionen (empirisch generell feststellbar in sinkenden Wahlbeteiligungen) besonders den liberalen Demokratien zugeschrieben werden, die sich durch einen Wertepluralismus auszeichnen (Schaal/ Friedel 1999, 174). Weil sich liberale Demokratien auf den Schutz der Einzelinteressen der BürgerInnen konzentrieren, berücksichtigen sie nur unzu-

reichend die notwendige motivationale, selbst-stabilisierende Unterstützung des gesellschaftlichen Ganzen. Demgemäß können liberale Demokratien »nicht jene Form von tugendhaften BürgerInnen generieren, die sie für ihren Bestand benötigen« (ebd., 184).

Obwohl eine Gleichsetzung politischer Gleichgültigkeit mit Wertebeliebigkeit und Tugendverlust nahe liegend scheint, greift dies unserer Ansicht nach zu kurz, weil prinzipielle Grundüberzeugungen vorhanden sind, die für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich sind: Diese betreffen Überlegungen, was eine Gesellschaft im Innersten zusammenhält, welche Teilnahmeregeln, -pflichten und -rechte in dieser gelten. Vorstellungen von Bürgerschaft sowie zugeschriebene und selbstaufgelegte BürgerInnentugenden bilden die (individuelle) Melange aus Werthaltungen und Einstellungen: Diese Tugenden sind für jede Art des politischen Diskurses und der politischen Beteiligung erforderlich – und zwar unabhängig vom Alter. Haben BürgerInnen derartige Tugenden, sind die Gründe für »politische Gleichgültigkeit« an anderer Stelle zu suchen.

2.3 Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten

Bildung und sozialer Status

Das Wahlverhalten wird wesentlich von soziodemographischen und sozioökonomischen Faktoren beeinflusst. Nicht nur die Lebensstilforschung, sondern auch empirische Untersuchungen der Wahlforschung (Norris 2002) zeigen, dass insbesondere der soziale Status, das Einkommen sowie die Bildung für Unterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung von bis zu 10 Prozentpunkten verantwortlich sein können. Ebenso beeinflusst demnach der Grad der Ausbildung politisches Verhalten in unterschiedlichen Ausprägungen, indem er Interesse an Politik fördert.⁶

Beteiligungserfahrung und Beteiligungsinteresse

Wahlerfahrung führt zu fortgesetztem Interesse an der Beteiligung. Dieser Zusammenhang ist von Wahlbeteiligungsanalysen empirisch belegt worden (siehe etwa Statistisches Bundesamt 2002, 598): Je häufiger BürgerInnen sich bereits an Wahlen beteiligt haben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch an künftigen Wahlen teilnehmen werden. Für JungwählerInnen kann daraus mit einiger Plausibilität geschlossen werden: Wenn sich eine jüngere Alterskohorte schon im gleichen Ausmaß an Wahlen beteiligt wie eine ältere, bleibt die Wahlbeteiligung innerhalb einer Gruppe von Geburtsjahrgängen dauerhaft stabil. Eine frühe Einbindung in (traditionelle) Beteiligungsformen kann also die Zahl der Beteiligungswilligen – möglicherweise auch für nicht-traditionelle Formen von Beteiligung – erhöhen.

6 »If the highest and lowest levels of educational attainment are compared, turnout proved to be 10% lower for those with minimal educational attainment (who failed to complete primary school) than for college graduates Many individual-level studies of participation have confirmed a strong link between educational background and the propensity to vote, with the effect occurring, ... , through the way that schooling and college effects the intervening role of political attitudes, by boosting political interest, information and efficacy« (Norris 2002, 89).

2.4 Die österreichische Diskussion um die Wahlaltersenkung: Vorurteile und Argumentationsstränge

Das Thema »Wahlaltersenkung« wurde im Vorfeld der Beschlüsse in den österreichischen Landtagen, aber auch im Österreich-Konvent zur Reform der österreichischen Bundesverfassung (2003 bis 2005) immer wieder kontrovers und vor allem auf Basis gängiger, generalisierter Einschätzungen von Jugendlichen diskutiert. Den Jugendlichen wurde dabei einerseits politische Gleichgültigkeit unterstellt. Andererseits wurde ihnen die Fähigkeit abgesprochen, aus dem gesellschaftlich vorhandenen Wertpluralismus für sich selbst »reife« Werthaltungen zu entwickeln, und sich mit Themen diskursiv, im Idealfall mittels Perspektivenübernahme und damit »vernünftig« auseinander zu setzen. Folgende Stellungnahme soll dies exemplarisch veranschaulichen:

»Bezüglich einer Reduktion des Wahlalters ist daran zu erinnern, dass man mit dem Wahlakt nicht nur ein Recht ausübt, sondern auch Verantwortung auf sich nimmt und mitverantwortlich wird. Soll sich die durch das Wahlrecht statuierte Einbeziehung des Bürgers als sinnvolle und zweckmäßige Einrichtung erweisen, müssen daher beim Wähler bestimmte Voraussetzungen erfüllt oder zumindest erhoffbar sein: Er muss über ausreichende Lebenserfahrung verfügen, fähig sein, gesellschaftliche Erscheinungen zu erkennen und zu bewerten, sich seiner Mitverantwortung bewusst sein und beim Votieren nicht nur seinen persönlichen Vorteil, sondern auch das Gesamtwohl im Auge haben. Diese Qualitäten erfordern Reife, die wir – trotz zweifellos bestehender Ausnahmen – generell von den Jugendlichen fairerweise nicht erwarten dürfen« (Österreichischer Akademikerbund 2004).

Argument »Jugendliche sind unreif«

Ergebnisse der kognitiven Entwicklungsforschung (so etwa Oerter/Hoefling 2001) weisen darauf hin, dass man von der gängigen Meinung abgehen soll, Kindern und Jugendlichen zwar prinzipiell das Recht auf politische Teilhabe zu gewähren, sie jedoch aufgrund ihres Mangels an Reife und Verständnis für politische Fragen von diesem Recht formal auszuschließen. Bereits 14-Jährige könnten in der Lage sein, sich diskursiv mit politischen Fragestellungen auseinander zu setzen. So forderte etwa der Bielefelder Pädagoge und Jugendforscher Klaus Hurrelmann anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse der Deutschen Shell-Studie 2002:

»Warum sollte man sich nicht ab 16 an Landtagswahlen beteiligen? Aber ich gehe noch einen Schritt weiter: Das Verständnis für politische Entscheidungen oder dafür, wie sich ein Parlament zusammensetzt, das ist auch schon bei 14-Jährigen eindeutig gegeben. Sodass ich auch dieses Alter für eine sinnvolle Altersgrenze für das Mindestwahlalter halte« (Hurrelmann 2002).

Argument: »Jugendliche wählen unvernünftig und radikal«

In Österreich hegen Jugendliche nur sehr geringe Sympathien für autoritäre und radikale Einstellungen und Parteien. In der Wertestudie von Christian Friesl hält nur eine Minderheit von Jugendlichen (6 Prozent) die Vorstellung von »einem starken Mann als Führer, der sich nicht um ein Parlament kümmern muss«, für »sehr gut«. Hingegen beantworten 16 Prozent der befragten Erwachsenen diese Frage positiv (Friesl 2001, 169–170).

In der europaweit angelegten Studie EUYOPART (SORA 2005) zum Partizipationsverhalten von Jugendlichen wurden die österreichischen Befragten nach ihrer

ideologischen Orientierung befragt. Diese Befragung ergab ebenfalls kein eindeutig »radikales« Ergebnis. So entschieden sich 27 Prozent für »links« bzw. 14 Prozent für »rechts«, zwei Drittel für »weder noch«.

Kromer/Hatwanger (2005, 22) entkräften in ihrer Studie die vielfach geteilte Einschätzung, dass Jugendliche eher egoistisch und auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Sie stellen fest, dass österreichische Jugendliche mit einem Anteil von 94 Prozent den »Einsatz für Andere« als wichtigsten Grund für ihr persönliches Engagement angeben. Die Beweggründe »selbst betroffen« und »persönlicher Vorteil« liegen weit abgeschlagen dahinter.

3. Methode der empirischen Untersuchung

Aus der allgemeinen Diskussion über Probleme der Wahlaltersenkung (Argumente der Individualisierungsthese, Zuschreibung von Desinteresse, Gleichgültigkeit, Unreife, mangelnder Vernunft, diffuser Wertorientierungen) ergaben sich für die Analyse der Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien 2005 folgende wichtige Fragestellungen, die über die »klassischen« Fragen nach Wahlbeteiligung, Parteienpräferenz und geschlechtsspezifischen Unterschieden hinausreichten:

- Kann bei den Jugendlichen politische Gleichgültigkeit gegenüber dem institutionellen Verfahren »Landtags- bzw. Gemeinderatswahl« festgestellt werden?
- Welche Einstellungen und Werthaltungen zu Demokratie und politischer Beteiligung prägten Wahlmotivation und -entscheidung?
- Ist der Einfluss des sozioökonomischen Status für Wahlmotivation und Wahlverhalten relevant?
- Welchen Einfluss könnte die Wahlaltersenkung auf das zukünftige Beteiligungsverhalten haben?

Um diese Fragen zu beantworten, wurde ein Multimethoden-Design gewählt, also die komplementäre Verwendung quantitativer und qualitativer Methoden. Die quantitativen Methoden betreffen die Bereiche der Stichprobenauswahl, der Datenerhebung (Messung) und der Datenanalyse, die qualitativen die Auswertung von Tiefeninterviews nach Sinnzusammenhängen.

3.1 Quantitativer Teil

Im quantitativen Teil wurde zunächst die tatsächliche Wahlbeteiligung erhoben, indem eine repräsentativ gezogene Stichprobe, geschichtet nach Wiener Wahlsprenkeln, ausgewertet wurde.

Durch die Auszählung der WählerInnenlisten konnte die faktische Beteiligung der 16- bis 18-Jährigen festgestellt werden. Diese Methode wurde deshalb angewendet, da die Frage nach der Wahlbeteiligung in einer telefonischen Befragung erfahrungsgemäß das Problem der sozial erwünschten Antworten mit sich bringt: Die befragte Person tendiert dazu, die Frage nicht mit der persönlich zutreffenden Antwort, sondern beeinflusst von sozialen Normen zu beantworten, die nach Auffassung der bzw. des Befragten die erwünschtesten sind.

In weiterer Folge wurde eine repräsentative telefonische Befragung unter 700 wahlberechtigten Wiener Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren durchgeführt. Die Gewichtung erfolgte nach Geschlecht, Alter und Bildung auf Basis der Wiener Volkszählungsdaten 2001. Der entsprechende Fragebogen für die telefonische Befragung wurde entlang der Grundstruktur des EUYOUPART-Modell-Fragenkatalogs aufgebaut,⁷ der empirisch-analytische Schwerpunkt lag jedoch auf dem Wahlverhalten, der Wahrnehmung des Wahlkampfes und dem Ausmaß der Wahlteilnahme. Die Stichprobengröße erlaubte die gesonderte Darstellung von bestimmten soziodemographischen Gruppen wie MigrantInnen oder Lehrlingen und SchülerInnen.

3.2 Qualitativer Teil

Im qualitativen Teil der Studie wurden im November 2005 elf Tiefeninterviews nach Leitfaden mit erstmals wahlberechtigten Wiener Jugendlichen durchgeführt. Der Fokus der Untersuchung lag hier vor allem auf der Analyse von Einstellungen und Werthaltungen⁸ zu politischer Beteiligung und Demokratie. Die Auswahl der Jugendlichen (acht männliche und drei weibliche) erfolgte ebenfalls nach sozioökonomischen Kriterien (z. B. Wohnbezirk, Migrationshintergrund) und nach dem Ausbildungsstatus – es sollten SchülerInnen Allgemeinbildender Höherer und Berufsbildender Mittlerer Schulen (AHS und BMS), LehrstellenanwärterInnen und arbeitssuchende Jugendliche berücksichtigt werden, um mögliche Beziehungen zwischen Ressourcenausstattung, Ausbildungsstatus und Werthaltungen festzustellen.

Bemerkenswert ist, dass Mädchen weniger bereit waren, für ein Interview zur Verfügung zu stehen.⁹ Um die erwähnte Anzahl an weiblichen Interviewpartnerinnen zu erreichen, mussten doppelt so viele Absagen in Kauf genommen werden. Bei den männlichen Jugendlichen gab es keine Absagen.

Der Leitfaden wurde so gestaltet, dass die interviewte Person die Mikrostruktur des Interviews, also die vertiefenden Fragen, bestimmen konnte. Entsprechend standen bei der Textanalyse die sequenzielle und extensive Sinnauslegung, aber auch die hermeneutische Interpretation des Interviews im Vordergrund (siehe dazu näher Froschauer/ Lueger 2003, 90)

Die Interviews (durchschnittliche Länge: 50 Minuten) wurden auf Band aufgenommen und vollständig transkribiert. Zur Beschreibung der Gesprächssituation wurde ein kurzes Protokoll angefertigt (Datum, Ort, Beurteilung der Interviewumgebung durch die Interviewerin, Störfaktoren, erste Eindrücke und wichtige Aussagen nach dem Interview). Das erste Interview diente ursprünglich zur Orientierung, um das inhaltliche Verständnis und die logische Abfolge der Fragen zu testen und möglicher-

7 Der EUYOUPART-Fragebogen für acht europäische Länder ist verfügbar unter: <http://www.sora.at/images/doku/EUYOUPARTmasterquestionnaire.doc>, 8.3.2006.

8 Im Gegensatz zu Werten sind Einstellungen von mangelnder Stabilität und gesellschaftlicher Verbindlichkeit charakterisiert. Werte beziehen sich auf gesellschaftlich akzeptierte, zentrale Positionen, während Einstellungen zu einer Vielzahl von Objekten entwickelt und subjektiv verändert werden können (Bürklin 1988, 105).

9 Mädchen waren generell, obwohl sie wählen waren, bei der Anfrage weitaus unsicherer als Burschen, ob sie »überhaupt etwas zu sagen« hätten.

weise abzuändern. Da dies nicht notwendig war, wurde auch dieses Interview in den Interpretationsprozess¹⁰ miteinbezogen.

4. Quantitativer Teil der Untersuchung – zentrale Aussagen und Interpretation

4.1 *Die bisherige Beteiligung von Jugendlichen an österreichischen Kommunal- und Landtagswahlen*

An der Grazer Gemeinderatswahl im Jänner 2003 beteiligten sich 76 Prozent der 16- bis 18-Jährigen (Gesamtwahlbeteiligung 57 Prozent).¹¹ Die Beteiligungsrate der Jugendlichen dieser Altersgruppe betrug bei den burgenländischen Gemeinderatswahlen im Oktober 2002 rund 80 Prozent (Gesamtwahlbeteiligung 86 Prozent)¹² und bei den Kärntner Gemeinderatswahlen im März 2003 67 Prozent (Gesamtwahlbeteiligung 76 Prozent).¹³

Das Burgenland war auch jenes Bundesland, in dem Jugendliche ab 16 Jahren zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, an einer Landtagswahl teilzunehmen. 73 Prozent der burgenländischen Jugendlichen gaben am 9. Oktober 2005 ihre Stimme ab¹⁴ – eine deutlich niedrigere Beteiligung als jene der Gesamtwählerschaft (81 Prozent).¹⁵ Leider wurden keine Nachwahlanalysen zur Motivation für die Wahlbeteiligung und zum Wahlverhalten durchgeführt.

Die genannten bisherigen Wahlergebnisse lassen allerdings ein grundlegendes Interesse der 16- bis 18-Jährigen an demokratischer Beteiligung im Rahmen von Wahlen vermuten.

4.2 *Hohe Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen in Wien*

Die Wahlsprengelanalyse ergab, dass 59 Prozent der 16- bis 18-Jährigen an der Wiener Landtagswahl teilnahmen, womit sie nur knapp unter der Beteiligung aller Wahlberechtigten von 61 Prozent lagen. In absoluten Zahlen gaben rund 23.500 von ca. 39.800 wahlberechtigten 16- bis 18-Jährigen am 23. Oktober 2005 ihre Stimme ab.

Junge Frauen beteiligten sich mit 61 Prozent im Vergleich zu den gleichaltrigen Männern (57 Prozent) etwas stärker an der Landtagswahl.

10 Die Analyse der transkribierten Interviews erfolgte nach folgenden Schritten:

- die Reduktion des Interviewtextes nach Paraphrasen entsprechend den zuvor definierten Kategorien und Subkategorien;
- die sequenzielle und extensive Analyse (Kriterien von Differenz, Ausnahmen und Ähnlichkeiten berücksichtigend);
- eine von den übergeordneten Forschungsfragen geleitete hermeneutische Interpretation.

11 »Jugendliche zeigen wenig Interesse an Politik und wählen trotzdem« (APA-Meldung Nr. 301, 5. 2. 2003).

12 »Wählen mit 16 fand im Burgenland regen Zuspruch« (APA-Meldung Nr. 623, 8. 10. 2002).

13 »Zwei Drittel der Jungwähler gaben in Kärnten Stimme ab« (APA-Meldung Nr. 391, 12. 3. 2003).

14 »Burgenland-Wahl: 72,83 Prozent Wahlbeteiligung bei unter 18-Jährigen« (APA-Meldung Nr. 499, 11. 10. 2005).

15 »SPÖ holt nach 18 Jahren wieder Absolute im Burgenland« (APA-Meldung Nr. 420, 9. 10. 2005).

Bei den zeitgleich mit der Landtags- und Gemeinderatswahl abgehaltenen Bezirksvertretungswahlen lag die Wahlbeteiligung der Jugendlichen mit 55 Prozent leicht unter jener der Gesamtwählerschaft 59 Prozent. Bei jungen Frauen war die Beteiligung mit 59 Prozent wiederum etwas höher als bei ihren männlichen Altersgenossen (52 Prozent). Die höhere Wahlbeteiligung der weiblichen Jugendlichen bei den Wiener Landtags- und Bezirksvertretungswahlen bestätigt die These von Norris (2002, 87), dass Frauen nun im Gegensatz zu früher öfter von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als Männer.

Die Wahlbeteiligung der Jugendlichen der zweiten MigrantInnengeneration (die Eltern sind nach Österreich eingewandert, die Jugendlichen bereits in Österreich geboren) war mit 62 Prozent gleich hoch wie jene der »einheimischen« Jugendlichen. Anzunehmen ist, dass die konfrontative Polarisierung um das Thema Immigration und Integration durch den FPÖ-Wahlkampf die Jugendlichen der zweiten Generation motivierte, an der Wahl teilzunehmen (Plasser/ Ulram, 2000, 191). Hingegen wählten nur 52 Prozent der Jugendlichen der ersten MigrantInnengeneration. Aufgrund der niedrigen Fallzahl der selbst eingewanderten MigrantInnen (n = 75) ist dieses unterdurchschnittliche Ergebnis allerdings nicht signifikant und abseits genereller Annahmen zur Wahlbeteiligung von EinwanderInnen nicht interpretierbar.

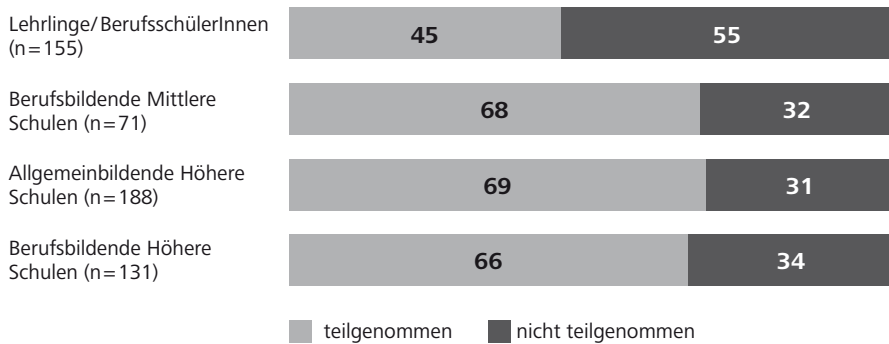
4.3 Jugendliche wählten mehrheitlich SPÖ und Grüne

Die SPÖ erhielt bei den jugendlichen ErstwählerInnen zwischen 16 und 18 Jahren mit einem Anteil von 46 Prozent einen ähnlich starken Zuspruch wie bei der Gesamtwählerschaft mit 49 Prozent. Mehr als ein Viertel aller Stimmen (26 Prozent) entfielen bei den Jugendlichen auf die Grünen. Diese schnitten damit signifikant besser ab als im Gesamtergebnis (knapp 15 Prozent). Die ÖVP (16 Prozent) und FPÖ (11 Prozent) lagen bei den ErstwählerInnen im Vergleich zum Wiener Gesamtergebnis (19 Prozent und 15 Prozent) etwas zurück.

Starke Unterschiede im Wahlverhalten gab es zwischen SchülerInnen und Lehrlingen bzw. BerufsschülerInnen. Zwar war die SPÖ in allen Gruppen stark vertreten, bei den Lehrlingen und BMS-SchülerInnen war ihr Anteil mit fast 60 Prozent aber besonders hoch. Die Grünen konnten vor allem bei AHS-SchülerInnen punkten. Jene Jugendlichen, welche die FPÖ ankreuzten, waren überwiegend männliche Lehrlinge/ Berufsschüler und Berufstätige. Die ÖVP wurde von überdurchschnittlich vielen BHS-Schülern und AHS-Schülerinnen gewählt.

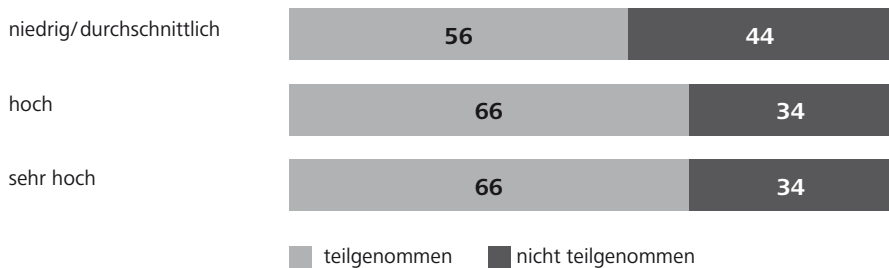
4.4 Bildung und soziale Schichtzugehörigkeit bestimmen auch bei Jugendlichen die Wahlentscheidung

Die Ergebnisse unterstreichen den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozialer Schichtzugehörigkeit einerseits und höherer Wahlbeteiligung andererseits (siehe dazu Abbildung 1). In Bezug auf die Wahlbeteiligung bestätigt sich hier die These von Norris (2002, 89), dass die Faktoren sozialer Status, Einkommen und Bildung das Ausmaß der Wahlbeteiligung um bis zu 10 Prozentpunkte verändern können.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung nach Bildung (Anteile in Prozent)

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW (2006), n = 545

Deutlich bestätigt sich auch der Zusammenhang zwischen subjektiv eingeschätztem Lebensstandard und Wahlbeteiligung:

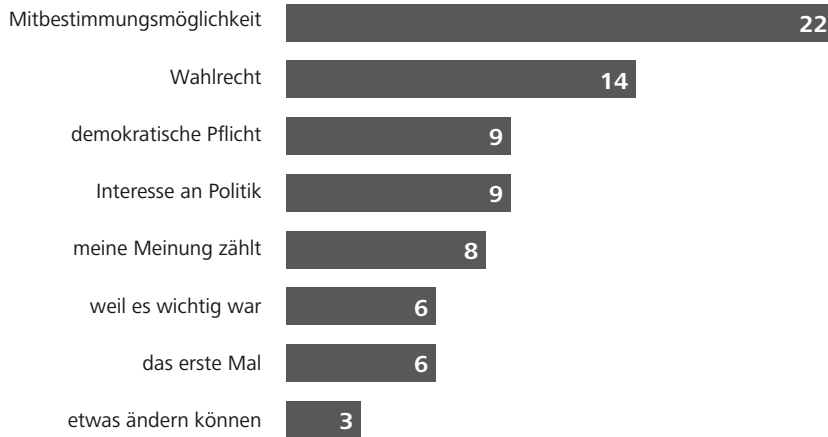
Abbildung 2: Wahlbeteiligung nach Einschätzung des Lebensstandards (Jugendliche gesamt, Anteile in Prozent)

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW (2006), n = 700

4.5 Wahlaltersenkung steigert Interesse an Politik

Die Möglichkeit, mitbestimmen zu können, wird als Wahlmotiv mit 22 Prozent am häufigsten genannt, gefolgt vom Wahlrecht mit 14 Prozent. Es fällt auf, dass sich der Großteil der Antworten wie Mitbestimmungsmöglichkeit, Erlangen des Wahlrechts, demokratische Pflicht oder »das erste Mal« auf das demokratische System beziehen (siehe Abbildung 3, S. 138): Insgesamt lässt sich daraus eine prinzipielle Zustimmung der Jugendlichen zur Demokratie ableiten.

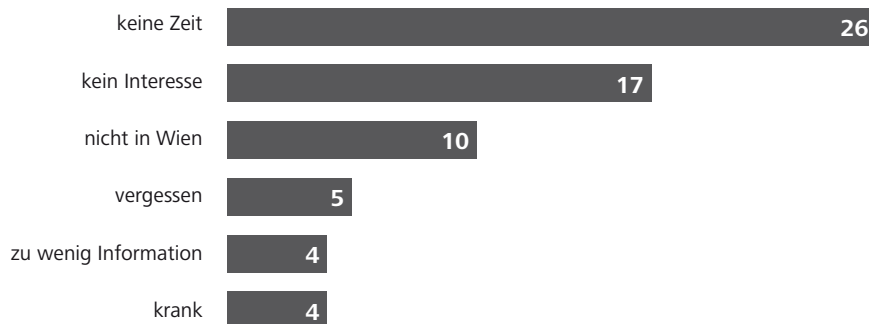
Etwa zwei Drittel jener ErstwählerInnen, die als Antriebsfeder die Möglichkeit der Mitbestimmung oder die demokratische Pflicht angeben, sind sehr oder ziemlich

Abbildung 3: Wahlmotive der Jugendlichen (offene Frage, Anteile in Prozent)

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW (2006), n = 539

an Politik interessiert. Die Jugendlichen, die »das erste Mal« als Beweggrund nennen, sind dagegen nur zu einem Drittel verstärkt politisch interessiert. Betrachtet man die 16- bis 18-Jährigen im Hinblick auf ihre Wahlkampfinteressen, so stechen vor allem gesellschaftliche Veränderungsbereitschaft (59 Prozent Nennungen), Mitbestimmungswunsch (53 Prozent) und politisches Interesse (44 Prozent) hervor.

Die Gruppe der NichtwählerInnen führt überwiegend Zeitmangel bzw. kein Interesse als Ursachen für die Nichtbeteiligung an der Landtagswahl an. Vier von fünf NichtwählerInnen, die »keine Zeit« als Motiv für ihre Nichteilnahme nennen, interessieren sich »wenig« bis »gar nicht« für Politik.

Abbildung 4: Motive der jugendlichen NichtwählerInnen (offene Frage, Anteile in Prozent)

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW (2006) n = 158

4.6 Integrationspolitik – das motivierende Thema der Jugendlichen

60 Prozent der wahlberechtigten 16- bis 18-Jährigen beteiligten sich an der Wahl: Davon begründeten nur 13 Prozent ihre Wahlpräferenz mit der Person des Spitzenkandidaten bzw. der Spitzenkandidatin. Vier von fünf Jugendlichen nannten Sachthemen.

»Integrationspolitik« wurde von den Jugendlichen am häufigsten als Wahlmotiv genannt, wobei Mehrfachantworten möglich waren. Hauptsächlich verantwortlich für diese thematische Fokussierung war die gegen den Zuzug von MigrantInnen, den EU-Beitritt der Türkei und gegen »AusländerInnen« gerichtete Wahlkampagne der Wiener FPÖ, die besonderes Aufsehen erregte. Daraus kann man folgern, dass die Integrationspolitik das wichtigste Diskussionsthema unter den Jugendlichen war: Bemerkenswerterweise gaben sie dieses Politikfeld auch als Hauptmotiv dafür an, *nicht* die FPÖ zu wählen.

Jene Jugendlichen, die Integrationspolitik als wichtiges Motiv für ihre Wahlentscheidung bezeichneten, hatten verglichen mit jenen, die das Thema nicht nannten, eine deutliche Präferenz für die SPÖ (55 Prozent im Vergleich zu 44 Prozent) und zudem eine etwas höhere Wahlbeteiligung (63 Prozent gegenüber 59 Prozent). Daraus lässt sich schließen, dass sich viele Jugendliche aufgrund der Integrationspolitik bewusst für die SPÖ entschieden. Weder für die Wahl der ÖVP, der Grünen noch der FPÖ waren integrationspolitische Themen ausschlaggebend.

Weitere wichtige Themen für die Wahlentscheidung der Jugendlichen waren Bildung, Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit und Soziales.

4.7 Diskussionen und Aktivitäten der Jugendlichen während des Wahlkampfes

Die wichtigsten DiskussionspartnerInnen der Jugendlichen im Hinblick auf die Landtagswahl waren mit 82 Prozent Nennungen die FreundInnen, dicht gefolgt von der Mutter (78 Prozent) und dem Vater (70 Prozent). Fast die Hälfte der Jugendlichen (47 Prozent) sprachen mit ihren LehrerInnen über die Teilnahme an dieser Wahl, etwa jede/r siebente (14 Prozent) mit einem/r AktivistIn einer Partei.

41 Prozent der jugendlichen Wahlberechtigten brachten sich auch darüber hinaus aktiv in das Geschehen um den Wiener Wahlkampf ein, wurden zu informellen Opinion-Leadern und forderten selbst andere zur Wahlteilnahme auf. Von den AHS-SchülerInnen war sogar jede/r zweite (49 Prozent) in diesem Sinn aktiv. Etwa ein Viertel (23 Prozent) der wahlberechtigten Jugendlichen sprachen sich in diesen Debatten aktiv für eine Partei oder einen/e KandidatIn aus.

Ungefähr ein Viertel der Jugendlichen wurden überwiegend von ihren Eltern (28 Prozent von der Mutter, 26 Prozent vom Vater) zur Wahlteilnahme aufgefordert. FreundInnen und LehrerInnen spielten (mit einem Anteil von 21 Prozent) aber ebenfalls eine Rolle.

4.8 Wahlinformation wirkt – auch längerfristig

Die beiden von der Stadt Wien konzertierten Wahlinformationskampagnen – Magistratsabteilung 62 »Wahlen« mit dem Slogan »Ganz Wien geht wählen!« und Magis-

tratsabteilung 13 »Landesjugendreferat« mit dem Titel »Ich wähle« – konnten ebenso wie verschiedene Aktivitäten an den Wiener Schulen die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren steigern. Die Beteiligung jener Jugendlichen, die die Wahlkampagnen wahrgenommen hatten, lag bei 64 Prozent (»Ich wähle«) bzw. 61 Prozent (»Ganz Wien geht wählen!«) – hingegen nahmen nur 53 Prozent jener teil, die von diesen Kampagnen nicht erreicht werden konnten.

Dies ist nicht nur für die Wiener Landtagswahl 2005 als positiver, hier als partizipationsfördernd definierter Effekt zu bewerten, sondern kann möglicherweise längerfristig eine ebensolche Wirkung auf die künftige Wahlbeteiligung der ErstwählerInnen haben. Forschungsergebnisse (z. B. Statistisches Bundesamt 2002) deuten auf folgende Entwicklung hin: Je häufiger BürgerInnen an Wahlen teilnehmen, desto wahrscheinlicher werden sie sich auch künftig daran beteiligen. Wahlerfahrung führt demzufolge zu fortgesetzter Beteiligung. Daraus können wir schließen, dass jene ErstwählerInnen, die nicht zuletzt aufgrund von Wahlinformationskampagnen zur Wahl gingen, auch in Zukunft WählerInnen sein werden. Informationskampagnen vor Wahlen sind mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch für 16- bis 18-Jährige als sinnvoll zu empfehlen, um in dieser Alterskohorte »WiederholungstäterInnen« in Bezug auf Wahlen zu schaffen und um in weiterer Folge ständig politisch interessierte bzw. integrierte BürgerInnen zu gewinnen.

5. Qualitativer Teil der Untersuchung – zentrale Aussagen und Interpretation¹⁶

Die Interviews mit den elf Jugendlichen wurden von Fragen zu Alter, Wohnort, Schule, Ausbildung und zum allgemeinen Freizeitverhalten eingeleitet. Hier dominieren sportliche Tätigkeiten, die Pflege von Freundschaften und die Beschäftigung mit dem Computer. Genauer nachgefragt wurde das Leseverhalten. Dieses ist von jenem der Eltern geprägt; gelesen wird, »was zu Hause herumliegt, quer durch, was in die Finger fällt.« Zeitungen werden noch nicht selbst gekauft, Fachzeitschriften hingegen schon (v. a. von den Computer-Interessierten, von männlichen Jugendlichen und SchülerInnen Berufsbildender Höherer Schulen).

Ergänzende Informationen werden in der Schule und besonders mittels Internet – wie Google, teletext, orf.at, derstandard.at – unregelmäßig eingeholt. Fernsehen gilt für die Jugendlichen nur anlassbezogen als Informationsmedium – im Fall von Wahlkämpfen etwa bei den Diskussionen der SpitzenkandidatInnen.

Einstellungen und Werthaltungen zu politischer Beteiligung und Demokratie wurden mit Fragen erhoben, die sich mit der Bereitschaft zu sowie dem Interesse an Meinungsäußerung und Diskussionen beschäftigten. Außerdem wurde gefragt, wie die Jugendlichen die Begriffe Engagement, Mitbestimmung und Politik interpretieren und verwenden.

¹⁶ Direkte Zitate aus den Interviews in Anführungszeichen.

5.1 Jugendliche bekennen sich zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie

In den Tiefeninterviews wurde ein in den persönlichen Wertesystemen fest verankertes, einhelliges Bekenntnis zu Grundwerten von Demokratie festgestellt. Demokratie besteht für die befragten Jugendlichen aus einer Wertesynthese von individuellen Freiheiten (an erster Stelle die Meinungsfreiheit), demokratischer Gleichheit (gleicher Zugang für alle zu den Instrumenten der Demokratie) und den Menschenrechten. Die Rahmenbedingungen und Verfahren einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie werden als selbstverständlich angenommen und als Garanten gesellschaftlicher Stabilität gesehen. Es gilt, sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen möglichst »verfahren« und »vernünftig« zu bewegen.

Dies zeigen auch die Interpretationen der Begriffe Engagement und Mitbestimmung: »Mitbestimmung? Das ist das, was man bei uns darf in der Politik«. Beide Begriffe sind für die befragten Jugendlichen positiv besetzt, Engagement wird generell als aktives Handeln verstanden, um »etwas zu verbessern«. Als Zielobjekte der Verbesserung werden aber nicht die Institutionenordnungen oder institutionalisierte Verfahren der Beteiligung genannt, sondern »kleinräumige« Anliegen, wie in der Schule, im Bezirk oder in Form der Unterstützung von NGOs.

Mitbestimmung gilt eindeutig als »Recht in der Demokratie«, als Möglichkeit, direkt und persönlich etwas zu gestalten, weiter als »persönliche Freiheit« und als Methode, »um eine allgemeine Meinung zu entwickeln«, »um einen Kompromiss« zu erreichen. Mitbestimmung wird jedoch auch als Mittel zur »eigenen Bedürfnisbefriedigung« eingesetzt. Allerdings weisen die Jugendlichen auch darauf hin, dass Mitbestimmung nicht unbedingt automatisch Mitgestaltung von Politik bedeutet: »Ob das dann respektiert wird, ist ein anderes Thema« und »ob das was bringt, muss jeder selbst entscheiden«.

5.2 Engagement stärkt das eigene Wertesystem

Wenn Ungerechtigkeiten erfahren werden, werden diese entschieden artikuliert und im Elternhaus, im Freundeskreis und in der Schule diskutiert. »Man muss zumindest versuchen«, etwas für oder gegen eine Sache zu tun, »man kann sich nicht beschweren, wenn man nichts versucht hat.« Sich einsetzen »ist wichtig, um Vorurteile aus der Welt zu schaffen.« Themen mit tagespolitischem Bezug werden in der Schule, mit Eltern, im außerschulischen Freundeskreis diskutiert, Diskussionen über »Zuwanderung« werden »zum Streit« bei »rassistischen Äußerungen«, was auf ein eindeutiges Wertesystem verweist.

Die Jugendlichen sehen den Ort ihres persönlichen Engagements vor allem in Diskussionen (»da hör ich mir erst einmal alles an«), wo es darum geht, den eigenen Standpunkt darzulegen oder anderen Standpunkten, die dem eigenen Wertesystem nicht entsprechen, etwas entgegenzusetzen. Meinungsäußerung ist aber auch »wichtig für das eigene Wohlbefinden«. Der Ausbildungshintergrund hat durchaus Auswirkungen auf das Engagement: »Wenn ich dann meine Ausbildung und einen Arbeitsplatz habe, dann habe ich wieder mehr Zeit, mich zu engagieren.«

Unterschiedliche Werthaltungen, ideologische Differenzen werden nur als kurzfristige Störungen im Freundeskreis sowie in der Schule empfunden: »Es ist nicht so, dass

ein Freund kein Freund mehr ist, nur weil er anders denkt ...«. Dies entspricht auch der einhelligen Ablehnung aller befragten Jugendlichen, sich über die Zugehörigkeit zu einer Partei oder einem Verein zu definieren: »Ich will da nicht festgelegt werden« und »ich will auch nicht diese Klassifizierungen«.

5.3 Wählen – mehr Recht als Pflicht

Wählen wird als Recht empfunden, nicht als Pflicht: Für die Jugendlichen bedeutet das, das Wahlrecht auch dann wahrzunehmen, wenn die zur Wahl stehenden Personen oder Parteien nicht den eigenen Präferenzen entsprechen – der Wahlakt gilt einerseits als Bekenntnis, »dass einem nicht alles egal ist«, und andererseits als Statement gegen nicht-demokratische Gesellschaftsformen: »Sonst haben wir doch bald eine Diktatur«.

Das mit einem bestimmten Alter erworbene Recht, am Wahlakt teilzunehmen, symbolisiert für die Befragten die Übernahme eines Bündels an staatsbürgerlichen Rechten und staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit. Dazu zählen etwa das Recht, RepräsentantInnen bzw. eine Partei auszuwählen und damit auch einer Beurteilung zu unterziehen, sowie die Verantwortung, nicht irgendeine Partei zu wählen. Vielmehr geht es darum, eine informierte, reflektierte Entscheidung zu treffen, die auch dem eigenen Wertesystem am nächsten kommt: »Ich kann doch nicht irgendetwas wählen«, »die Partei, die ungefähr meiner Meinung entspricht, die wähle ich«.

5.4 Großes Vertrauen in die Stabilität der Demokratie

Auch das Ergebnis der Wahl wird akzeptiert und nicht in Frage gestellt. Die JungwählerInnen schreiben dem Wahlakt große stabilisierende Kraft zu, sie setzen bei den zur Wahl stehenden PolitikerInnen die Bereitschaft zur Reaktion, zur Kooperation und zum Diskurs voraus. Die Arbeitsteilung zwischen Volk und den RepräsentantInnen wird für die Jugendlichen im Wahlakt neu ausgehandelt¹⁷ und bestätigt: »Es ist wichtig, mitzustimmen – da kann ich mitentscheiden, was geschieht und wie regiert wird«. Der Wahlakt hat für die Jugendlichen bis zur nächsten Wahl eine hohe Legitimationskraft. Es gibt die Möglichkeit, bei der nächsten Wahl ein Resümee zu ziehen und anders zu entscheiden: »Es ist ja nicht für ewig«.

5.5 Pragmatische Politikgestaltung

Der Prozess der demokratischen Willensbildung, also die Informationseinholung, Diskussion und Reflexion hat einen größeren Stellenwert als das Endprodukt, das Ergebnis der Wahl: »Das war nicht mehr so wichtig«. Es ist ja dann auch nicht mehr möglich, etwas zu verändern. Die Jugendlichen sind sich der Paradoxa der Demokratie bewusst: »Wählen ist die wichtigste Möglichkeit der Mitbestimmung; was kann meine Stimme

17 Insofern entspricht das Demokratieverständnis der Jugendlichen der Demokratiekonzeption von Joseph A. Schumpeter: »Die Wähler (müssen) die Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den ihnen gewählten Politikern akzeptieren. Sie ... müssen einsehen, dass wenn sie einmal jemanden gewählt haben, die politische Tätigkeit seine Sache ist und nicht die ihre« (Schumpeter 1993/1950, 468).

schon ausrichten? ... Trotzdem, jede Stimme zählt« und »meine Stimmabgabe für eine bestimmte Partei ist nur eine Annäherung an das, was ich wirklich möchte«. Daraus folgt für die Befragten jedoch nicht die Überlegung, die repräsentative Demokratie in Frage zu stellen, sondern ihre Angebote bestmöglich zu nutzen.

5.6 Wählen als moralisches Korrektiv

Die Wahl war für die Jugendlichen durchaus Anlass, sich stärker für politische Themen zu interessieren. Wie in der telefonischen Befragung werden auch in den qualitativen Interviews primär die Themen Migration/ Integration und Bildungspolitik genannt.

Die Befragten engagieren sich in Diskussionen, »um Vorurteile zu beseitigen«. Die Jugendlichen geben auch an, gewählt zu haben, um jenen, die uninformiert bzw. unreflektiert wählen, die eigene Stimme entgegenzusetzen: »Die fallen auf die Strache-Sprüche¹⁸ rein ..., dem muss man Einhalt gebieten«. Ebenso wurde bereits taktisch gewählt: »Rot oder Grün wählen gegen Blau« bzw. » ... bin zwar Grünwähler, wähle aber eher Rot, weil Grün noch nicht so weit ist«.

Die von den Jugendlichen mehrheitlich formulierte Qualifikation für die Beteiligung an der Wahl sind diskursive und reflexive Fähigkeiten – also Vernunft. Die Befragten schreiben sich zwar selbst diese Vernunft zu, sprechen sie aber den anderen, vor allem den jeweils Jüngeren, ab: »Die sind zu jung, die lassen sich was einreden, die fallen auf den Strache-Wahlkampf rein«; »wenn die wählen gehen, das ist katastrophal«; »meine Freundinnen wählen den Strache, weil der so blaue Augen hat – das kann man doch nicht tun«.

Beeinflusst wurde die Wahl durch die Parteienpräferenzen von Eltern und FreundInnen, die Vorbereitung in der Schule, die Klarheit der Botschaften der Parteien und das Verhalten der politischen RepräsentantInnen. Obwohl die Jugendlichen sich mit der Wahl in der Schule und in Diskussionen mit den Eltern auseinander gesetzt haben, betonen sie ganz besonders, sich über Programminhalte eigenständig informiert zu haben.

5.7 Distanz zu Institutionen

Bestätigt wird die distanzierte Haltung zu Institutionen und RolleninhaberInnen, wie dies bereits 2003 der Bericht zur Lage der Jugend in Österreich (BMSG 2003) feststellte. Dies gilt vor allem für die Distanz zu Parteien und politischen EntscheidungsträgerInnen: »Die wissen ja nicht, was wir wollen, die sollten uns einmal fragen«. Verfahren der Mitbestimmung außerhalb der Wahl werden zwar im eigenen Lebensumfeld als wichtig angesehen, aber ihnen wird wenig Einfluss auf die große Politik beigemessen: »Mitbestimmung schön und gut, aber bestimmt wird sowieso an anderer Stelle«.

Der Begriff »Politik« wird mit Parteien, Institutionen und PolitikerInnen gleichgesetzt und kaum in Verbindung zum eigenen politischen Verhalten bzw. zur Mitbestimmung im persönlichen Lebensumfeld gebracht. Die Jugendlichen unterscheiden zwi-

18 Heinz-Christian Strache war Spitzenkandidat der FPÖ, die einen betont ausländerInnenfeindlichen Wahlkampf führte.

schen der autoritär gestaltenden Politik von oben und dem persönlichen Engagement von unten: Dieses wird zwar als durchaus diskursiv, auch wehrhaft und gestaltend verstanden, erreicht aber die institutionelle Politik letztlich nicht. So wird einerseits lakonisch, andererseits auch resignierend festgestellt: » ... Aber es wird ja eh nie gemacht, was wir wollen, was das Volk will.«

6. Schlussfolgerungen

Im vorliegenden Artikel versuchten wir, die allgemeine Diagnose der Individualisierungsthese und der »politischen Gleichgültigkeit« Jugendlicher gegenüber traditionellen Beteiligungsverfahren der Demokratie mit unseren theoretischen Überlegungen zu begründen und mit unseren empirischen Analyseschritten zu überprüfen.

Im Zentrum unserer Analysen standen dabei die Erhebung klassischer Eckpunkte der Wahlforschung: Die Höhe der Wahlbeteiligung und die Parteienpräferenz wurden nach sozioökonomischen und im Fall der Wahlbeteiligung auch nach geschlechtsspezifischen Faktoren aufgeschlüsselt. Weiter untersuchten wir die Wirkung von Wahlinformation und andere wahlmotivierende Faktoren, wie die Beeinflussung durch die Familie oder den Freundeskreis. Ergänzt wurde diese Analyse von Fragen nach Einstellungen und Werthaltungen zu Demokratie und politischer Beteiligung, um die genannten Probleme auch im Hinblick auf das Vorhandensein von Grundüberzeugungen zu diskutieren.

Folgendes konnten wir feststellen:

Unerwartet hohe Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen

Die Wahlsprengelanalyse und die Umfrage ergaben, dass die Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen höher war als erwartet. Sie erreichte mit 59 Prozent knapp den Durchschnittswert der Gesamtwählerschaft (61 Prozent). Insbesondere unter AHS- und BHS-SchülerInnen war die Teilnahme an der Landtagswahl mit 69 Prozent bzw. 66 Prozent überdurchschnittlich hoch. Dies bestätigt die These, dass Bildung eine positive Wirkung auf die politische Partizipation hat. Jugendliche der zweiten MigrantInnengeneration (die Eltern sind immigriert, die Jugendlichen in Österreich geboren) beteiligten sich im selben Ausmaß (Anteil von 59 Prozent) an der Wiener Landtagswahl 2005 wie ihre »einheimischen« AltersgenossInnen.

Wahlinformation wirkt

Die konzertierten Wahlinformationskampagnen »Ganz Wien geht wählen!« (Magistratsabteilung 62) sowie »Ich wähle« (Magistratsabteilung 13) und die diversen Aktivitäten an den Wiener Schulen zur Landtagswahl wirkten positiv auf das Wahlverhalten. Durch diese Maßnahmen konnte die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren deutlich gesteigert werden: Denn die Wahlbeteiligung jener, die die Kampagnen wahrgenommen hatten, war deutlich höher war als jener, die damit in keiner Weise in Berührung gekommen waren. Dies lässt langfristige Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung erwarten, da die Wahrscheinlichkeit gestiegen ist, dass diese

Jugendlichen bei den nächsten Wahlen neuerlich ihre Stimme abgeben werden. Wie bisherige Forschungen zeigen, führt Wahlerfahrung tendenziell zu fortgesetztem Interesse an Beteiligung.

Die erwähnten Kampagnen der Stadt Wien trugen also durchaus dazu bei, dass die jüngsten WählerInnen im selben Ausmaß wie der Durchschnitt aller Wahlberechtigten politisch partizipierten. Auch in Zukunft erscheinen deshalb Informationskampagnen und insbesondere Projektarbeit (wie etwa die Simulation einer Wahl im Klassenzimmer oder Jugendzentrum) zu bevorstehenden Wahlen für ErstwählerInnen sinnvoll, da in dieser Alterskohorte beständig politisch interessierte und integrierte BürgerInnen gewonnen werden können.

Eindeutige rot-grüne Mehrheit bei 16- bis 18-Jährigen

Die Wahlpräferenzen der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren zeigten im Vergleich zur Gesamtwählerschaft eine eindeutige rot-grüne Mehrheit: SPÖ und Grüne zusammen erreichten knapp drei Viertel der Stimmen (72 Prozent). Die SPÖ konnte, ähnlich wie bei der Gesamtwählerschaft, bei den Jugendlichen am meisten punkten (46 Prozent). Anders als im Gesamtergebnis folgte(n) nicht die ÖVP auf dem zweiten Platz, sondern mit einem Viertel der Stimmen die Grünen (26 Prozent). ÖVP und FPÖ lagen bei den ErstwählerInnen im Vergleich zum Gesamtergebnis etwas zurück. Verglichen mit den anderen befragten Jugendlichen erwiesen sich Lehrlinge bzw. BerufsschülerInnen besonders der SPÖ und der FPÖ zugeneigt. Die Grünen waren vor allem bei AHS-SchülerInnen erfolgreich, die ÖVP bei männlichen BHS-Schülern.

Bildung und soziale Schichtzugehörigkeit bestimmen auch bei Jugendlichen die Wahlentscheidung

Soziale Schichtzugehörigkeit ist auch bei den Wiener Jugendlichen ein wesentlicher Einflussfaktor auf das Wahlverhalten. Sowohl die Einschätzung des eigenen Lebensstandards als auch die (Aus-) Bildung der Jugendlichen, insbesondere aber die Bildung der Mutter, hatten großen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Je niedriger die höchste abgeschlossene Bildung der Mutter, desto eher wählten die Jugendlichen SPÖ. War die Mutter Akademikerin, waren die Grünen die stärkste Partei – in diesem Fall lag auch die ÖVP noch vor der SPÖ. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man soziale Schichtzugehörigkeit über den subjektiv wahrgenommenen Lebensstandard definiert. Je niedriger die Jugendlichen ihren eigenen Lebensstandard einschätzten, desto eher neigten sie zur Wahl der SPÖ; je höher sie diesen Standard bewerteten, desto eher präferierten sie ÖVP bzw. Grüne. Diese Ergebnisse bestätigen den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozialer Schichtzugehörigkeit einerseits und höherer Wahlbeteiligung andererseits.

Wahlaltersenkung steigert Interesse an Politik

An der Spitze der Wahlmotive standen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und das Wahlrecht für Jugendliche. Die Jugendlichen äußerten das Gefühl, zum ersten Mal von der Politik ernst genommen zu werden. Jene, die als Wahlmotive das Änderungs-

potenzial, die Möglichkeit der Mitbestimmung sowie die demokratische Verpflichtung nannten, waren zu zwei Drittel sehr oder ziemlich an Politik interessiert.

Viele jugendliche Wahlberechtigte engagierten sich aktiv im Geschehen rund um den Wiener Wahlkampf und zeigten auch so ihr politisches Interesse. Insbesondere AHS-SchülerInnen (mit einem Anteil von 41 Prozent) wurden zu informellen Opinion-Leadern und forderten selbst andere zur Wahlbeteiligung auf. Zudem sprachen viele Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld, vor allem mit ihren FreundInnen, Eltern und LehrerInnen über ihre Wahlteilnahme.

Integrationspolitik als häufigstes Wahlmotiv

Als motivierendes Wahlthema nannten die Jugendlichen am häufigsten die Integrationspolitik. Dieses Thema wurde offensichtlich von den Jugendlichen intensiv diskutiert und steigerte die Wahlbeteiligung, wovon vor allem die SPÖ profitierte. Es war bei vielen Hauptbeweggrund, gegen die FPÖ zu stimmen. Weitere wichtige Motive für die Wahlpräferenz der Jugendlichen waren Bildung, Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit und Soziales.

Angesichts politisch-ideologischer Diffusität und Wertebeliebigkeit bieten single-issue-Wahlkampagnen Jugendlichen eine Orientierung und die Möglichkeit, ihr eigenes Wertesystem zu stärken. Derartige Kampagnen fördern somit deutlich die Motivation, zur Wahl zu gehen. Eine offenere Ideologisierung des politischen Diskurses und die feststellbare Neigung zu einem von bestimmten Themen abhängigen »issue-voting« (ZAP 2002) könnte der Suche von Jugendlichen entgegenkommen, sich politisch zu positionieren und ihrer individuellen Werte zu vergewissern.

Jugendliche bekennen sich zur Demokratie

Unter »Demokratie« verstanden die in unserer Untersuchung befragten Jugendlichen die repräsentative, rechtsstaatliche Demokratie. Das Bekenntnis zu den Grundwerten von Demokratie war einhellig und in den persönlichen Wertesystemen fest verankert. Als Grundwerte wurden Grund- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Ausübung der Volkssouveränität durch Wahlen und eine Gesetzgebung nach dem Mehrheitsprinzip genannt.

Die Möglichkeit, am Wahlakt teilzunehmen, symbolisierte für die befragten Jugendlichen die Übernahme eines Bündels an staatsbürgerlichen Rechten und staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit: die Freiheit der Meinungsäußerung, das Recht, jene RepräsentantInnen aus dem Angebot an Parteien zu wählen, die der eigenen Meinung und dem eigenen Wertesystem am nächsten kommen. Gewählt wurde auch, um die genannten Grundfreiheiten zu verteidigen, denn (so Interviewzitate) »sonst haben wir eine Diktatur«, und um moralisch korrigierend einzugreifen: »Dem muss man Einhalt gebieten«. Engagement ist wichtig, um »Vorurteile zu beseitigen«. Diese Aussagen weisen eindeutig auf das Vorhandensein individuell reflektierter, stabiler Wertesysteme hin. Wählen dient somit auch der Stärkung des eigenen Wertesystems. Die Jugendlichen erachteten es als selbstverständlich, dass Konsensfindung notwendig ist, um die Funktionsfähigkeit von Demokratie zu erhalten.

Die (selbstdefinierte) Qualifikation für die Beteiligung an der Wahl sind diskursive und reflexive Fähigkeiten – also Vernunft. Die Jugendlichen teilten also durchaus Vorstellungen von Bürgertugend (Vernunft und die Fähigkeit, reflektiert mitzubestimmen sowie verallgemeinerbare Interessen zu verteidigen). Die Befragten schrieben sich zwar selbst diese Vernunft zu, sprachen jedoch anderen die Fähigkeit zu tugendhaftem Verhalten ab, und zwar vor allem den jeweils Jüngeren: »Die sind zu jung, die lassen sich was einreden. Wenn die wählen gehen, das ist katastrophal«.

Beeinflusst wurden Wahlmotivation und Wahlverhalten vom eigenen Bildungsstand, der Ressourcenausstattung, Verhalten und Aussagen der politischen RepräsentantInnen¹⁹ sowie vom Ausmaß der Seriosität von Wahlkampfbotschaften.²⁰

Die Jugendlichen akzeptierten das Wahlergebnis und gestanden ihm hohe Legitimation für eine bestimmte Zeit zu: »Es gibt ja die Möglichkeit, dass bei der nächsten Wahl alles anders wird«. Der Prozess der demokratischen Willensbildung, also die Informationseinholung, der Diskurs und die Wahlentscheidung, hatte für die Jugendlichen einen größeren Stellenwert als das Endprodukt, das Ergebnis der Wahl. Trotzdem forderten sie keinen Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten, sondern akzeptierten die in Form der Wahl ausgehandelte Arbeitsteilung zwischen PolitikerInnen/politischen Parteien und Wahlvolk.

Partizipation abseits der traditionellen, institutionalisierten Formen wurde nicht mit Gleichgültigkeit bedacht, sondern pragmatisch beurteilt und genutzt. Jugendliche nahmen nicht-traditionelle Beteiligungsformen nur im eigenen unmittelbaren Lebensumfeld, in der Schule, im Bezirk oder im Rahmen von NGOs in Anspruch und schrieben ihnen wenig Effekt auf die »wirkliche Politik« zu. Gegenüber Parteien und politischen EntscheidungsträgerInnen zeigten sie Distanz.

Wählen ist für die befragten Jugendlichen die bevorzugte, weil effektivste Möglichkeit, diese Distanz zu überwinden, mit den RepräsentantInnen, d. h. »mit der Politik«, zeit-, raum- und themengebunden in Kontakt zu treten. Wählen heißt für die Jugendlichen, ein Recht in Anspruch zu nehmen und ist keine lästige Pflicht. Wählen zu dürfen, bedeutet für sie, »ernst genommen zu werden« und »erwachsen zu sein«. Deutlich zeigt sich die sehr hohe Bereitschaft, nach erfolgreich absolvierter Wahl auch beim nächsten Mal wieder zur Wahl zu gehen.

19 So lehnten die Jugendlichen in den qualitativen Interviews ein als »aggressiv« bzw. »untergriffig« erlebtes Verhalten eher ab. Ein Verhalten, das sie als »souverän« empfanden, sowie glaubwürdig vermitteltes Interesse an den Anliegen der WählerInnen wurden hingegen als positiv beurteilt.

20 Die Zielgruppenwerbung der ÖVP wurde von einigen Jugendlichen aufgrund »widersprüchlicher Aussagen« abgelehnt; die Comic-Figur des »HC-man« der FPÖ stieß in den qualitativen Interviews auf einhellige Ablehnung.

Literatur

- BMSG (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Sektion V) (2003) *4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendaradar 2003*. Wien.
- Bürklin, Wilhelm (1988) *Wählerverhalten und Wertewandel*. Opladen.
- Deutsche Shell AG (2002) *Jugend 2002*. Opladen.
- Eckert, Roland (1997) *Die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktregelung – ein Qualitätsmerkmal der Demokratie*. In: Weidenfeld, Werner (Hg.) *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*. Berlin, 197–219.
- Friesl, Christian (2001) *Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher*. Wien.
- Froschauer, Ulrike/ Lueger, Manfred (2003) *Das qualitative Interview*. Wien.
- Hurrelmann, Klaus (2002) *Das Wahlalter deutlich senken. Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann über politische Konsequenzen aus der Shell-Studie 2002*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 20. 8. 2002, 9.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1992) *Jugend 1992*. Opladen.
- Kromer, Ingrid/ Hatwanger, Katharina (2005) *ÖIJ – Jugendstudie 2005: Lebenssituation(en) und Orientierungen von jungen Menschen in Österreich*. Bericht des Österreichischen Instituts für Jugendforschung. Wien.
- Norris, Pippa (2002) *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism*. New York, verfügbar unter: <http://ksghome.harvard.edu/~pnorris/Books/Democratic%20Phoenix.htm>, 26. 4. 2006.
- Norris, Pippa (2003) *Young People and Political Activism: From the Politics of Loyalties to the Politics of Coice?* Report for the Council of Europe Symposium »Young People and Democratic Institutions: from Disillusionment to Participation«. Strasbourg, 27–28th November 2003. Harvard University, verfügbar unter: <http://ksghome.harvard.edu/~pnorris/ACRO-BAT/COE.pdf>, 26. 4. 2006.
- Norris, Pippa (2004) *Electoral Engineering – Voting Rules und Political Behaviour*. New York, verfügbar unter: <http://ksghome.harvard.edu/~pnorris/Books/Electoral%20Engineering.htm>, 26. 4. 2006.
- Oerter Rolf/ Hoefling, Siegfried (Hg.) (2001) *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*. München.
- Österreichischer Akademikerbund (2004) *Grundsatzbeitrag und Forderungskatalog des Österreichischen Akademikerbundes vom 15. April 2004, Punkt 3*, verfügbar unter: http://www.konvent.gv.at/pls/portal/docs/page/K/DE/POSP-K/POSP-K_00141/imfname_020607.pdf, März 2005.
- Otte, Gunnar (2004) *Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung*. Wiesbaden.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (2000) *Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens*, In: Pelinka, Anton/ Plasser, Fritz/ Meixner, Wolfgang (Hg.) *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*. Wien, 169–202.
- Schaal, Gary S. (2004) *Vertrauen, Verfassung und Demokratie. Über den Einfluss konstitutioneller Prozesse und Prozeduren auf die Genese von Vertrauensbeziehungen in modernen Demokratien*. Wiesbaden.
- Schaal, Gary S./ Friedel, Sabine (1999) *Was ist Gleichgültigkeit? Zur politischen und sozialen Dimension eines liberalen Phänomens*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 2, 173–186.
- Scharpf, Fritz (1999) *Regieren in Europa*. Frankfurt a. M./ New York.
- Schmidt, Manfred G. (2000) *Demokratiethorien*. Opladen (3. Auflage).
- Schumpeter, Joseph A. (1993/ 1950) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen (7. Auflage).
- SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2005) *Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union (EUYOUPART) – National Report: Austria*. Wien, verfügbar unter: <http://www.sora.at/images/doku/D15AustrianNationalReport.pdf>, 6. 4. 2006.
- SORA (Institute for Social Research and Analysis)/ ÖIJ (Österreichisches Institut für Jugendforschung)/ WZW (Wissenschaftszentrum Wien)

- (2006) »Wählen heißt erwachsen werden!« – *Analyse des Wahlverhaltens 16-18jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005*. Wien, verfügbar unter: http://www.sora.at/images/doku/gesamtbericht_nachwahlanalyse_wiener_jugendlicher.pdf, 6. 4. 2006.
- Spiekermann, Christian Wieland (2003) *Theoretische Grundlagen zur Förderung faktischer politischer Partizipation Jugendlicher*. Hausarbeit an der Universität Potsdam, verfügbar unter: <http://www.schuelerpartizipation.de/artikel/FoerdPartiz.pdf>, 6. 4. 2006.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2002) *Datenreport 2002* (Kapitel E: Gesellschaftspolitik, 18.1: Politisches Interesse und politische Partizipation), Bd. 376. Bonn, 598, verfügbar unter: http://www.destatis.de/download/veroe/2_18.pdf, 8. 3. 2006.
- ZAP (Zentrum für angewandte Politikforschung) (2002) *Das österreichische Wahlverhalten. Analysen zur Nationalratswahl 2002*. Forschungsbericht. Wien.

Kontakt:
ulrike.kozeluh@wzw.at
sigrid.nitsch@sora.at